Studie

Digitale Identität als Vertrauensanker

[02.02.2022] Eine internationale Online-Umfrage zum Thema digitale Identität ergab, dass in Deutschland besonders starke Skepsis gegenüber eID und E-Government-Leistungen besteht. Die Sicherheit der Daten erwies sich als wichtigster Faktor für das Vertrauen in digitale Verwaltungsleistungen.

Das Statistik-Online-Portal Statista und das auf Identitätslösungen spezialisierte Unternehmen Okta haben eine groß angelegte, internationale Studie zum Thema digitale Identität durchgeführt. Demnach befürworten knapp zwei Drittel (63 Prozent) der Bürger in Deutschland digitale Personalausweise. Es befürworteten 46 Prozent die Nutzerfreundlichkeit und 39 Prozent die praktische Bündelung aller Informationen an einem Ort, 33 Prozent halten ihre Daten in dem digitalen Dokument für gut geschützt. Für die Studie „Identität: Der digitale Vertrauensanker“ seien insgesamt mehr als 12.000 Personen befragt wurden, davon 2.000 aus Deutschland, so Okta.

Dabei ergaben sich im internationalen Vergleich teilweise überraschende Ergebnisse, etwa beim Thema eID-Ausweis. Der Personalausweis mit eID-Funktion, eID-Karte oder elektronischer Aufenthaltstitel bieten die Option, sich digital auszuweisen. Das im September 2021 in Kraft getretene Smart-eID-Gesetz ermöglicht es zudem, sich nur mit einem Smartphone zu authentifizieren. Trotz dieser Angebote und obwohl die Mehrheit der Befragten digitale Ausweissysteme befürwortet, ist der Anteil derer, die digitale Ausweise ablehnen, in Deutschland mit 37 Prozent im europäischen Vergleich (27 Prozent) am höchsten. Als Hauptgründe für Vorbehalte nannten die Befragten Unbehagen über die Online-Verfügbarkeit der Daten (61 Prozent), Bedenken, dass die Daten nicht ausreichend geschützt sind (51 Prozent) und die Angst vor Identitätsdiebstahl (46 Prozent). Eine eID ermögliche aber den zuverlässigen Schutz vor Diebstahl und Missbrauch und erschwere es Kriminellen, sich allein über Nutzernamen und Passwort Identitäten anzueignen, gibt Sven Kniest, Regional Vice President Central & Eastern Europe bei Okta, zu bedenken. Daher müssten Bund, Länder und Kommunen ihre Cybersecurity-Maßnahmen priorisieren, um den Schutz von Daten und Identitäten zu gewährleisten und so das Vertrauen in eID-Angebote weiter zu stärken.

Skepsis gegenüber E-Government-Diensten

Die eindeutige Identifizierung von Antragstellern ist auch eine wichtige Voraussetzung für die sichere Online-Bereitstellung von Verwaltungsleistungen. Derzeit hätten jedoch nur weniger als ein Drittel (32 Prozent) der Bürger in Deutschland Vertrauen in die angebotenen E-Government-Dienste. Damit bildet Deutschland im europäischen Vergleich das Schlusslicht. Die Studie ergab auch, dass die Sicherheit der Daten der wichtigste Faktor für das Vertrauen in die digitalen Verwaltungsleistungen ist. So gaben 60 Prozent der Befragten, die den Diensten skeptisch gegenüberstehen, mangelndes Vertrauen in den Schutz der Daten als Hauptgrund an. Gleichzeitig begründete ein ebenso großer Anteil (59 Prozent) all jener, die den Diensten vertrauen, dies mit ihrem Vertrauen in die Datensicherheit. Für den Schutz ihrer digitalen Identitäten und persönlichen Daten sehen Bürger in Deutschland weiterhin weniger sich selbst (11 Prozent) als vielmehr die Behörden und Institutionen in der alleinigen Verantwortung (59 Prozent). 30 Prozent gehen von einer geteilten Verantwortung aus. Bei der Interaktion mit Behörden und Verwaltungseinrichtungen sind den Teilnehmenden über alle Altersgruppen hinweg die Verlässlichkeit der E-Government Websites und Portale (47 Prozent) und sichere Log-ins (43 Prozent), etwa mit Multifaktor-Authentifizierung, am wichtigsten, gefolgt von einer einfachen Bedienbarkeit (37 Prozent).

(sib)

Studie „Identität: Der digitale Vertrauensanker“

Stichwörter: Digitale Identität, Okta, Statista, Studie, digitale Identität, eID